



EUROPÄISCHER KONVENT
DAS SEKRETARIAT

Brüssel, den 4. Juli 2002 (09.07)
(OR. en)

CONV 167/02

VERMERK

Betr.: Plenartagung
- 24.-25. Juni 2002 in Brüssel ¹

I. Bericht des Vorsitzenden über die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Rat in Sevilla

1. Der Vorsitzende erläuterte die wichtigsten Punkte des Berichts, den er dem Europäischen Rat auf dessen Tagung in Sevilla vorgetragen hat. Diese Punkte betrafen den Beginn der Arbeit des Konvents, die bislang geführten Beratungen und die ersten Schlussfolgerungen, die aus den Beratungen gezogen werden konnten. Zu diesem letzten Punkt habe er erklärt, es bestehe allgemeines Einvernehmen darüber, dass der Gemeinschaft keine weiteren Zuständigkeiten übertragen werden sollten (mit Ausnahme von grenzüberschreitenden Angelegenheiten in dem Bereich Justiz und Inneres), dass eine stärkere Kontrolle der Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips erfolgen sollte, dass die Rechtsakte und die Sprache der Union/Gemeinschaft vereinfacht werden müssten, dass auf drei verschiedenen Gebieten (Außenbeziehungen, Justiz und Inneres und gegebenenfalls Wirtschaft und Soziales) ein verstärktes Handeln in Erwägung gezogen werden müsse, und dass die demokratische Legitimität deutlicher werden sollte. Anschließend wurde an die Konventsmitglieder eine Abschrift des Berichts des Vorsitzenden verteilt. Der Vorsitzende erklärte, der Bericht sei von den Staats- und Regierungschefs, die breite Zustimmung zum Ziel der Vereinfachung geäußert und betont hatten, der Konvent müsse den festgelegten Terminplan einhalten, sehr positiv aufgenommen worden.

¹ Das wörtliche Protokoll der Plenartagung kann auf der Website <http://european-convention.eu.int> eingesehen werden.

2. Auf zwei Beiträge von Konventsmitgliedern hin erklärte der Vorsitzende, dass die demokratische Legitimität in der Union zweierlei Ursprung habe, nämlich das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente. Er bekräftigte ferner, dass sein Bericht an den Europäischen Rat (Sevilla) seine Bewertung als Vorsitzender widerspiegelt und nicht zwangsläufig einen Standpunkt, der von jedem Mitglied des Konvents geteilt wird.

II. Eröffnung der Tagung, die der Zivilgesellschaft gewidmet ist

3. Der Teil der Tagung, der der Zivilgesellschaft gewidmet war, wurde vom Stellvertretenden Vorsitzenden Dehaene eröffnet, der den Vorsitz führte. Er betonte, wie wichtig für den Konvent die Meinungen der Zivilgesellschaft sind. Die Plenartagung sei weder der Beginn noch das Ende eines Konsultationsprozesses, der während der gesamten Dauer des Konvents anhalten soll. Er hob die vier Eckpfeiler dieses Prozesses hervor. Erstens ermöglicht es das Forum Nichtregierungsorganisationen, schriftliche Beiträge an den Konvent zu richten, und eine Zusammenfassung der bislang erfolgten Beiträge ist an die Konventsmitglieder übermittelt worden (CONV 112/02). Zweitens waren die Debatten auf nationaler Ebene ein wesentlicher Bestandteil dieses Prozesses; schriftliche Berichte über diese Debatten sind eingegangen und wurden verteilt. Es sei wichtig, dass diese Debatten weitergeführt werden. Drittens wurden acht Kontaktgruppen eingerichtet, damit ein Gedankenaustausch mit spezifischen Bereichen der Zivilgesellschaft stattfinden kann. Ferner wurden in diesem Rahmen Vertreter benannt, die auf der Plenartagung für die einzelnen Bereiche sprechen werden. Die Kontaktgruppen ergänzen die Informationsveranstaltungen, die der Wirtschafts- und Sozialausschuss für die Zivilgesellschaft veranstaltet. Schließlich war die Tagung selbst Gelegenheit für den Konvent als Ganzes, die Standpunkte der Zivilgesellschaft zu hören.

Kontaktgruppe "Sozialer Sektor"

4. Der Vorsitzende der Gruppe (Herr HÄNSCH) erklärte, dass in der Sitzung der Kontaktgruppe mit Vertretern von Organisationen aus dem sozialen Sektor eine Reihe von wichtigen Punkten herausgestellt wurde. Insbesondere wurde mehrfach verlangt, dass die Charta der Grundrechte in den Vertrag einbezogen wird, die Ausarbeitung eines Verfassungsvertrags durch den Konvent gefordert und nachdrücklich betont, dass soziale Fragen und Beschäftigungsfragen zentrale Zielsetzungen der EU werden müssen, dass die Methode der offenen Koordinierung in den Vertrag aufgenommen und der Dialog mit der Zivilgesellschaft formell im Vertrag verankert wird. Ferner ist gefordert worden, dass Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse aufgewertet werden.

5. Die folgenden fünf Vertreter ergriffen für diesen Sektor das Wort:

Herr ALHADEFF für die Sozialplattform,
Frau WILKINSON für die Sozialplattform,
Frau SUTTON ebenfalls für die Sozialplattform,
Frau McPHAIL als Vertreterin der Europäischen Frauenlobby,
Frau DAVID als Vertreterin der Conférence Européenne Permanente des Coopératives,
Mutualités, Associations et Fondations.

Folgende Fragen wurden angesprochen.

6. Es wurde darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, dass der Konvent ein in vollem Umfang offener Prozess ist. Es wurde eine Rechtsgrundlage im Vertrag für den Dialog mit der Zivilgesellschaft gefordert, wobei betont wurde, dass dies den normalen demokratischen Prozess in keiner Weise unterlaufe, sondern bereichere, da die Zivilgesellschaft ihrem Potenzial nach einen großen Beitrag zur Entwicklung der Union leisten könne.
7. Es wurde die Sorge geäußert, dass das europäische Sozialmodell ausgehöhlt wird. Die Bürger Europas strebten nach Sicherheit im weitesten Sinne des Begriffs. Sämtliche Bereiche der Innenpolitik in Europa sollten der sozialen Entwicklung dienlich sein. Es wurde vorgeschlagen, dass die offene Methode der Koordinierung im Vertrag verankert wird, aber es wurde hervorgehoben, dass der Charakter der Offenheit dieses Prozesses auch bedeutet, dass Nicht-regierungsorganisationen, die Sozialpartner und regionale/lokale Behörden umfassend konsultiert werden. Eine Forderung ging dahin, dass eine spezifische Verpflichtung zur Armutsbekämpfung in den Vertrag aufgenommen wird.
8. Es wurde gefordert, den Anwendungsbereich der Grundrechtecharta auszuweiten und sie in den Vertrag einzubeziehen. Vorgeschlagen wurde auch, dass die Gemeinschaft der Europäischen Menschenrechtskonvention beitrifft. Es sei wichtig, dass alle Bürger Europas vor Diskriminierungen geschützt seien.
9. Die bisherigen Entwicklungen im Hinblick auf das Erreichen der Gleichstellung der Geschlechter wurden als zu wenig zielgerichtet bezeichnet. Die Gleichstellung der Geschlechter sollte explizites Ziel der Union werden, und ein neuer Titel mit Bestimmungen zur Gleichstellung der Geschlechter sollte in den Vertrag aufgenommen werden. Die Mitwirkung und die Vertretung in den Organen sollte auf der Grundlage der Geschlechterparität erfolgen.

10. Die wichtige Rolle öffentlicher Unternehmen und von Unternehmen ohne Erwerbszweck in der Union wurde betont. Die Rolle von Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse sollte im Vertrag expliziter anerkannt und eine Ausnahme von Wettbewerbsregeln zu ihren Gunsten vorgesehen werden.
11. Die Beobachter, die die Sozialpartner vertreten, wurden anschließend gebeten, das Wort zu ergreifen.

Herr JACOBS als Vertreter der UNICE begrüßte die Initiative, eine der Zivilgesellschaft gewidmete Tagung einzuberufen. Er forderte den Konvent nachdrücklich auf, den Prozess der Konsultation mit den wichtigsten Interessengruppen zu überprüfen und klarer zu gestalten. Die UNICE sei für einen Verfassungsvertrag, unterstütze Maßnahmen im Hinblick auf mehr Transparenz und befürworte die Beibehaltung der Gemeinschaftsmethode, eine einheitliche Rechtspersönlichkeit und eine stärkere Nutzung der BQM. Sie trete nicht für einen Katalog von Zuständigkeiten ein.

12. Herr GABAGLIO als Vertreter des EGB forderte den Konvent auf, einen Ausgleich zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu schaffen. Der Prozess von Lissabon sei wichtig, und eine weitere Koordinierung der Politik sollte gefördert werden. Die Europabürgerschaft sollte gestärkt werden. Die Konsultierung der Sozialpartner sollte formell verankert werden. Darüber hinaus sollte die Union ihre Rolle weltweit stärken, damit eine gerechtere Globalisierung gefördert werden könne.
13. Herr CRAVINHO als Vertreter des CEEP stimmte der Forderung zu, dass Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse im Vertrag formell anerkannt werden, da sie für die europäische Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung seien. Insbesondere öffentliche Kosten sollten als mit den Wettbewerbsregeln vereinbar betrachtet werden. Der soziale Dialog sollte weiter vertieft und die Methode der offenen Koordinierung gefördert werden.
14. Auf diese Beiträge hin erklärte eine Reihe von Konventsmitgliedern, dass sie die allgemeine Forderung nach einer stärkeren Betonung des sozialen Dialogs, nach Beibehaltung des europäischen Sozialmodells und Einbeziehung der Grundrechtecharta in den Vertrag befürworteten. Es wurde jedoch die Frage nach den praktischen Auswirkungen einer Einbeziehung der Charta gestellt, und ein Konventsmitglied fragte sich, inwieweit die Organisationen, deren Vertreter das Wort ergriffen haben, repräsentativ seien; ihre Finanzquellen seien im Zusammenhang mit dieser Frage relevant und sollten angegeben werden.

Kontaktgruppe "Umwelt"

15. Der Vorsitzende der Gruppe, Herr KATIFORIS, verwies darauf, wie wichtig die Umweltfragen seien, die von der Kontaktgruppe hervorgehoben worden seien; dies mache deutlich, dass zunehmend anerkannt werde, dass natürliche Ressourcen nicht in grenzenloser Fülle vorhanden seien. Die folgenden drei Vertreter sprachen für diesen Sektor:

Herr HALLO, Vertreter des Europäischen Umweltbüros,
Herr SPOONER, Vertreter des Europäischen Agrar-Kultur-Konvents,
Frau de JONCKHEERE, Vertreterin der European Landowners Organisation.

16. Es wurde hervorgehoben, dass der Umweltschutz eine der höchsten Prioritäten der EU sein sollte. Der geltende Vertrag biete eine solide Grundlage für die Umweltpolitik und sollte nicht geändert werden. Folgende Fragen sollten indessen erörtert werden: Aufnahme eines Vertragsartikels über den Dialog mit der Zivilgesellschaft, die Öffnung der Beratungen des Rates, die Aufnahme von Umweltrechten in die Charta, die Ausweitung der BQM und des Mitentscheidungsverfahrens, die Ablösung des Euratom-Vertrags und die Aufnahme einer Vertragsbestimmung über Tierschutz.
17. Die gemeinsame Agrarpolitik und Politik für den ländlichen Raum sollte reformiert werden. Die Beschlussfassung sei transparenter zu gestalten und die Rechenschaftspflicht zu stärken. Die GAP sei viel zu komplex. Eine neue gemeinsame Agrarpolitik und Politik für den ländlichen Raum sollte auf der Grundlage des Mitentscheidungsverfahrens beschlossen und die Interessengruppen beteiligt werden. Die Basis dieser Politik sollte auf Gebiete wie Zugang zu gesunder Ernährung und sauberem Wasser ausgeweitet werden und auf den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung beruhen. Entwicklungsländer sollten besseren Zugang zu den Agrarmärkten erhalten.
18. Darüber hinaus seien Strategien erforderlich, um die Kluft zwischen den Interessen des ländlichen Raums und den Interessen des städtischen Raums zu überbrücken. Das Recht auf Eigentum an beweglichen Sachen und Grundstücken sollte in die Charta aufgenommen werden, die in den Vertrag einzubeziehen sei. Das Mitentscheidungsverfahren sollte ausgeweitet werden und das Subsidiaritätsprinzip sollte verstärkt werden; außerdem sollte eine Stelle mit der Überwachung dieses Prinzips beauftragt werden.
19. Auf die Beiträge hin erklärte ein Konventsmitglied, er unterstütze die Forderung nach einer stärker integrierten Agrarpolitik und Politik für den ländlichen Raum. Ferner wurde erklärt, dass Umweltpolitik nahezu ausnahmslos eine transnationale Frage sei.

Anschließend wurden die den Wirtschafts- und Sozialausschuss vertretenden Beobachter gebeten, das Wort zu ergreifen.

20. Herr FRERICHS erklärte, die Zusammensetzung des WSA als repräsentatives Gremium müsse neu festgelegt werden und die Kriterien müssten klarer formuliert werden. Der WSA und der Ausschuss der Regionen hätten einander ergänzende Aufgaben und sollten effizient zusammenarbeiten.
21. Herr BRIESCH hob hervor, dass dem WSA eine wesentliche Rolle zukomme. Er sei nicht Teil der Zivilgesellschaft, sondern erhalte seine umfassende Legitimität dadurch, dass seine Mitglieder von ihren Organisationen in den Mitgliedstaaten beauftragt seien. Der WSA befürworte einen Verfassungsvertrag, der die Ziele der Vollbeschäftigung, der Gleichstellung, der Anerkennung der besonderen Rolle der gemeinwohlorientierten Leistungen und eine Ausweitung des BQM beinhalte.
22. Herr SIGMUND betonte, wie wichtig sozialer Zusammenhalt, der in den Vertrag aufgenommen werden sollte, und Kultur als Grundlage sozialen Handelns seien. Die Ausweitung des sozialen Dialogs sollte stärker in den Mittelpunkt gerückt werden, wobei die umfassende Beteiligung daran auf wirklich repräsentative Organisationen beschränkt werden sollte. Der Dialog sollte sich auch auf das Thema der Subsidiarität erstrecken.

**Kontaktgruppe "Akademische Kreise und Think-Tanks" sowie
Kontaktgruppe "Bürger und Institutionen"**

23. Die Leitung für diese Kontaktgruppen wurde von Herrn Giuliano AMATO bzw. Jean-Luc DEHAENE übernommen. Die erste Kontaktgruppe hatte die folgenden Redner benannt:

- Herr Jean-Victor LOUIS (AGORA und Europäisches Hochschulinstitut, Florenz)
- Frau Florence DELOCHE-GAUDEZ (SCIENCES PO, Paris)

Think tanks:

- Frau Kirsty HUGHES (Centre for European Policy Studies/European Policy Institutes Network - CEPS/EPIN)
- Herr Stanley CROSSICK (European Policy Centre - EPC)

Europäische Bewegungen/Jugendverbände:

- Frau Pascale JOANNIN (Robert Schuman-Stiftung)

Wissenschaftliche Forschung:

- Herr Antonio RODOTA (European Intergovernmental Research Organisations EIROFORUM, und European Research Advisory Board - EURAB)

Akademische Frauenbewegungen:

- Frau Teresa FREIXES (Women Citizens of Europe Network)

Bewerberländer:

- Herr Karoly LORANT (Institute for Economic Analysis and Informatics, Ungarn - ECOSTAT)

24. Die zweite Kontaktgruppe hatte die folgenden Redner benannt:

- Herr Fernand HERMAN (Federalist Voice)
- Frau Alison WESTON (Jeunes Européens Fédéraliste)
- Frau Charlotte ROFFIAEN (Active Citizenship Network - Forum der Zivilgesellschaft)
- Frau Maria MIGUEL SIERRA (Europäisches Netz gegen Rassismus)
- Herr Pawel KRZECZUNOWICZ (Vertretung der polnischen NRO in Brüssel).

25. Die Ausführungen in diesen beiden Kontaktgruppen stimmten weitgehend überein, da es in beiden Gruppen um Überlegungen zu Fragen im Zusammenhang mit den Beratungen des Konvents und mit den Institutionen, der Zukunft Europas und der partizipatorischen Demokratie ging.

26. Die Redner unterstrichen die Arbeitsmethoden des Konvents und insbesondere die Aufteilung in Arbeitsgruppen und wiesen nachdrücklich auf den dem Konvent vorgegebenen zeitlichen Rahmen hin. Es wurden Fragen zu den Arbeitsmethoden und den Fristen aufgeworfen und Vorschläge für diese Bereiche unterbreitet.

27. In den meisten Redebeiträgen wurde der Konvent bei der Suche nach mutigen Lösungen bestärkt und die Notwendigkeit herausgestellt, einen Vertrag oder eine Charta mit Verfassungsrang mit einer einfachen und klaren Formulierung zu erstellen. Mehrfach wurde der Gedanke angesprochen, ein Referendum oder mehrere Referenda zur Annahme des vom Konvent erarbeiteten Grundlagentextes durchzuführen.

28. Die akademischen Kreise und Think-Tanks haben dem Konvent ihre Dienste angeboten und in Erinnerung gerufen, dass sie bereit stünden, gegebenenfalls ihnen auftragene spezifische Aufgaben und Untersuchungen durchzuführen. In Erklärungen verschiedener Teilnehmer wurde hervorgehoben, welche herausragende Rolle dieser Bereich für die Aus- und Fortbildung der Jugend spielt, die als mobilisierende Kraft wirkt und von der Vorschläge für Europa ausgehen.

29. Für den Aufbau der Institutionen wurden verschiedene Varianten vorgeschlagen, unter anderem insbesondere die allgemeine Einführung der Mehrheitsbeschlussfassung und des Mitentscheidungsverfahrens, die Wahl des Präsidenten der Kommission durch das Europäische Parlament, die Öffentlichkeit der Diskussionen eines - reformierten - Rates, sobald er als Gesetzgeber auftritt, und die Stärkung der Exekutivfunktion der Kommission; auch für die Kontrolle der Anwendung des Subsidiaritätsprinzips wurden Varianten vorgeschlagen.
30. In Anbetracht der Tatsache, dass in der Zukunft mehr konkrete Maßnahmen zu ergreifen als Rechtsvorschriften zu erlassen sind, zielten alle Redebeiträge auf eine Stärkung des politischen Charakters der Union, ihrer Handlungsfähigkeit in der Außen- und Verteidigungspolitik und ihrer Fähigkeit zur Beschlussfassung in den politischen Bereichen, auf die sich die Erwartungen der europäischen Bürger richten, ab.
31. In zahlreichen Beiträgen ging es um das Eintreten für eine partizipatorischere Demokratie und ihre Förderung sowie um die Aufnahme des Grundsatzes eines regelmäßigen Dialogs mit der Zivilgesellschaft in den Vertrag, der konkret durch eine Konsultierung der betroffenen repräsentativen Organisationen in einem frühen Stadium der Ausarbeitung der Rechtsvorschriften der Union erfolgen muss.
32. In diesem Sinne äußerten sich auch verschiedene Frauenvereinigungen und Jugendverbände zum Aufbau der Institutionen.
33. Bei der anschließenden Diskussion unterstützten die Redner weitgehend die von den Organisationen dieser Bereiche geleistete Arbeit und unterstrichen ihre Rolle, während nach Auffassung einiger Redner die beteiligten Organisationen nicht hinreichend repräsentativ für die in Europa vertretenen Standpunkte sind und teilweise von den Institutionen finanzielle Unterstützung erhielten.
34. In diesem Zusammenhang ergriff der europäische Bürgerbeauftragte, Herr Södermann, das Wort und erklärte, dass seit seiner Amtsübernahme (vor fast 7 Jahren) 10 000 Beschwerden von Bürgern über Missstände bei der Tätigkeit der Gemeinschaftsorgane bei ihm eingegangen seien. Er hob hervor, dass beträchtliche Fortschritte erzielt worden seien, so dass die Unionsbürgerschaft heute Wirklichkeit sei. Insbesondere seien der Zugang der Öffentlichkeit zu den Dokumenten geregelt und die Charta angenommen worden. Ferner habe das Europäische Parlament im September 2001 einen Verhaltenskodex der guten Verwaltungspraxis angenommen. Noch sei den Bürgern jedoch nicht sehr klar, wie sie ihre Rechte geltend machen könnten. Dies sei darauf zurückzuführen, dass sich hierzu wenig im Vertrag finde. Der Bürgerbeauftragte schlägt vor, in den Vertrag ein Kapitel aufzunehmen, in dem aufgeführt ist, welche (gerichtlichen oder außergerichtlichen) Rechtsmittel der Bürger

besitzt, wenn seine Rechte (einschließlich der Grundrechte) nicht gewahrt werden. Dieses Kapitel sollte auch Bestimmungen über die nach einzelstaatlichem Recht zur Verfügung stehenden Rechtsmittel, die verfassungsrechtliche Rolle des Gerichtshofs, das Petitionsrecht beim Europäischen Parlament und das Recht der Befassung der nationalen und des Europäischen Bürgerbeauftragten enthalten. Er schlägt vor, dass der Europäische Bürgerbeauftragten das Recht haben sollte, den Gerichtshof zu befassen, wenn seiner Auffassung nach ein Grundrecht verletzt wurde.

* * *

Die Tagung vom 25. Juni wurde vom Vorsitzenden, Herrn Valéry Giscard d'Estaing, eröffnet, der den Vorsitz anschließend an Herrn Jean-Luc Dehaene übergab.

Kontaktgruppe "Gebietskörperschaften"

35. Diese Kontaktgruppe wurde von Frau Ana PALACIO geleitet.

Als erste Redner ergriffen die Beobachter des Ausschusses der Regionen das Wort:

- Herr Eduardo ZAPLANA, Vizepräsident des Ausschusses der Regionen, Präsident der Region Valencia,
- Herr Jos CHABERT, ehemaliger Präsident des Ausschusses der Regionen,
- Herr Patrick DEWAELE, Ministerpräsident der Region Flandern,
- Herr Manfred DAMMEYER, Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags,
- Frau Claude du GRANRUT, Vertreterin der Region Picardie,
- Herr Claudio MARTINI, Präsident der Region Toskana.

36. Anschließend waren folgende Redner benannt worden:

- Herr Heinrich HOFFSCHULTE, erster Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas
- Herr Anders GUSTAV, Mitglied des Vorstands der Konferenz der peripheren Küstenregionen
- Herr Lambert VAN NISTELROOIJ, Vizepräsident der Versammlung der Regionen Europas
- Frau Eva-Riitta SIITONEN, Präsidentin von EUROCITES
- Herr Jens GABBE, Generalsekretär der Versammlung europäischer Grenzregionen
- Herr Manfred DÖRLER, Präsident des Landtags von Voralberg, für die Konferenz der Regionalparlamente mit Legislativkompetenz (CALRE)

37. Die Beobachter und die Vertreter der Organisationen verwiesen auf die besonderen Eigenschaften der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften, bei denen es sich um gewählte Vertretungen der Bürger handele; ihre Zuständigkeitsbereiche und ihre Aufgaben, die zum großen Teil aus der Anwendung von Rechtsvorschriften der Union bestünden, dürften nicht angetastet werden. In Europa gebe es nun einmal vier Regierungsebenen: die kommunale, die regionale, die nationale und die europäische Ebene.
38. Die Beobachter vertraten die Auffassung, dass der Ausschuss der Regionen ein Unionsorgan werden und das Recht erhalten müsse, vor dem EuGH zu klagen. Sie befürworteten eine Ausdehnung der Bereiche, in denen der Ausschuss der Regionen angehört werden muss; zudem solle den Stellungnahmen des Ausschusses dadurch mehr Gewicht beigemessen werden, dass die Organe verpflichtet werden, eine Begründung vorzulegen, wenn sie von ihnen abweichen wollen.
39. Alle Redner der Kontaktgruppe sprachen sich für eine Stärkung der Unionsorgane und einen Verfassungsvertrag aus und setzten sich für die politischen Maßnahmen mit starker territorialer – und grenzüberschreitender – Wirkung ein, die nicht renationalisiert werden dürften.
40. Gleichzeitig wurde eine Abkehr von allzu detaillierten Rechtsvorschriften der Union verlangt; wenn neue Rechtsvorschriften ausgearbeitet würden, müssten die Gebietskörperschaften, die meist für ihre Umsetzung zuständig seien, bereits frühzeitig hinzugezogen werden. Alle Redner waren sich darin einig, dass die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips, das in erster Linie als Prinzip der Bürgernähe zu verstehen sei, streng überwacht werden müsse. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, im Vertrag das Konnexitätsprinzip zu verankern, demzufolge der Gesetzgeber für die finanziellen Folgen seiner Entscheidungen entweder selbst aufkommen oder aber den Gebietskörperschaften, die sie umzusetzen haben, die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung stellen muss.
41. Einige Vertreter von Regionen mit legislativen Befugnissen beantragten, dass diese ein eigenes Recht erhalten müssten, den EuGH anzurufen; sie forderten zudem eine stärkere Präsenz der regionalen Minister im Rat (Art. 203 EGV) und die Teilnahme ihrer Regionalparlamente an der COSAC. Ferner befürworteten mehrere eine Tagung des Konvents zur Rolle der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften.

Kontaktgruppe „Menschenrechte“

42. Diese Kontaktgruppe unter Leitung von Herrn António VITORINO hatte folgende Redner benannt:
- Herr Dick OOSTING (Amnesty International),
 - Frau Laetitia SEDOU (Organisation Mondiale Contre la Torture - OMCT Europe),
 - Frau Sophie SPILIOTOPOULOS (Association des Femmes de l'Europe Méridionale und EWLA).
43. In den Redebeiträgen wurde insbesondere darauf hingewiesen, dass es für den Schutz der Menschenrechte nicht ausreiche, dass es gute Texte (wie die Charta oder die EMRK) gibt, sondern dass hierfür auch ein reibungsloses Funktionieren der Organe (mehr Transparenz, vor allem in Bezug auf den diesbezüglich wichtigen Bereich der inneren Angelegenheiten, sowie eine Rechenschaftspflicht), eine wirksame Kontrolle durch die Parlamente (die einzelstaatlichen Parlamente und das Europäische Parlament) und den Bürgerbeauftragten, die Achtung des Gleichstellungsgrundsatzes und eine stärkere Teilhabe der Zivilgesellschaft erforderlich seien. Einige Redner unterstrichen, dass die Union die Menschenrechte zum Zentrum und zum integralen Bestandteil aller Bereiche ihrer Politik machen müsse. Es wurde vorgeschlagen, im Französischen den Ausdruck "Droits de l'Homme" durch den Begriff "Droits de la Personne" zu ersetzen (betrifft nicht die deutsche Terminologie).
44. Die Achtung der Menschenrechte müsse auch bei den Unionsmaßnahmen im Bereich Justiz und Inneres gewährleistet sein. Es wurde kritisiert, dass dieser Tätigkeitsbereich der Union nicht transparent sei und es keine lückenlose Kontrolle durch den Gerichtshof gebe.
45. Die Vertreter der Kontaktgruppe befürworteten einmütig die Aufnahme der Grundrechtecharta in den neuen Vertrag (insbesondere die Präambel). Einige schlugen vor, die Bestimmungen der Charta, insbesondere die Bestimmungen, die einen geringeren Schutz als der gemeinschaftliche Besitzstand bieten, zu überarbeiten, andere vertraten die Auffassung, dass es unter den gegebenen Umständen besser sei, keine neue Diskussion über die Bestimmungen der Charta zu beginnen und sich auf technische Anpassungen zu beschränken.
46. Unterstrichen wurde zudem, dass die Aufnahme der Charta in den Vertrag nicht als Alternative zum Beitritt der Union zur Europäischen Menschenrechtskonvention verstanden werden dürfe. Die Vorteile eines Beitritts zu dieser Konvention wurden hervorgehoben. In diesem Zusammenhang wurde auch die ausdrückliche Anerkennung der Rechtspersönlichkeit der Union angesprochen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, dass die Mitgliedstaaten - nach einer Aufnahme der Charta in den Vertrag - ihre Bestimmungen einhalten müssen, wenn sie das Gemeinschaftsrecht anwenden.

47. Der europäische Bürgerbeauftragte, Herr Södermann, teilte mit, dass er sich seit Annahme der Charta darum bemühe, die Organe dazu anzuhalten, diese auch anzuwenden. Dies gelte insbesondere für folgende Fragen: freie Meinungsäußerung der Unionsbeamten, Recht auf Vaterschaftsurlaub, Verbot von altersbedingten Diskriminierungen bei Einstellungen, Verbot der indirekten Diskriminierung von Frauen, Abordnung von nationalen Beamten und Recht auf eine gute Verwaltung durch die Organe.

Kontaktgruppe "Entwicklung"

48. Diese Kontaktgruppe unter Leitung von Herrn CHRISTOPHERSEN hatte folgende Redner ernannt:
- Herr Simon STOCKER (Eurostep),
 - Frau Claire GODIN (Equilibres et Populations)
 - Frau Meral GEZGIN ERIS (Economic Development Foundation).
49. Es wurde vorgeschlagen, im Vertrag eine Rechtsgrundlage für weiterreichende Maßnahmen vorzusehen und eine enge Verbindung zwischen der Innenpolitik der Union und ihren außenpolitischen Maßnahmen im Entwicklungsbereich herzustellen. Die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung und eines angemessenen sozialen Schutzes müssten im Vertrag verankert werden.
50. Außerdem müsse die Beseitigung der Armut Bestandteil der Außenpolitik der Union sein. Von allen Vermögenswerten der Welt seien 86 % im Besitz von 20 % der Weltbevölkerung, während 20 % der ärmsten Länder lediglich 1,4 % davon besäßen.
51. Es wurde hervorgehoben, dass es im Bereich der Entwicklungspolitik derzeit nur ergänzende Zuständigkeiten gebe. Die Entwicklungspolitik der Union ließe sich durch eine eindeutige Abgrenzung zwischen den Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und denen der Union effizienter gestalten; zudem müssten die Organe transparenter arbeiten.
52. Bei den Entwicklungsprogrammen müsse der Grundsatz der Gleichstellung der Geschlechter gewährleistet sein. (Zu diesem Zweck könnte ein Leitfaden für die Berücksichtigung des Gleichstellungsgrundsatzes in der Entwicklungspolitik erstellt werden.)
53. Die Bildungsprogramme in den Ländern der Dritten Welt müssten unbedingt aufgestockt werden. Zudem müsse es Unternehmen mit Sitz in der EU untersagt werden, sich an

Geschäften mit Kinderarbeit in den Entwicklungsländern zu beteiligen.

Kontaktgruppe "Kultur"

54. Die Kontaktgruppe "Kultur" unter Leitung von Herrn Aloiz PETERLE hatte folgende Redner ernannt:
- kulturelle Zusammenarbeit, Kunst und kulturelles Erbe, Bildung:
Herr von der GABLENTZ (Europa nostra) und Frau CHABAUD (Forum Européen pour les Arts et le Patrimoine),
 - Kirchen, Religionsgemeinschaften und Weltanschauungen: Herr JENKINS (Konferenz Europäischer Kirchen),
 - Sprachen und Minderheiten: Herr BREZIGAR (Bureau européen pour les langues moins répandues).
55. Es wurde vorgeschlagen, im Vertrag die Grundwerte zu nennen, die das gemeinsame Fundament unserer Gesellschaften bilden; insbesondere sei dabei auf die folgenden Begriffe Bezug zu nehmen: Würde des Menschen, Förderung von Frieden und Versöhnung, Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität und nachhaltige Entwicklung, Toleranz, Demokratie, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Achtung von Minderheiten und kulturelle Vielfalt. Die Union müsse zudem dafür sorgen, dass sie mehr Zuständigkeiten und Mittel für die Verhütung und zur friedlichen Beilegung von Konflikten in der Welt erhalte.
56. Die Verteidigung der Grundwerte, der Würde des Menschen und der kulturellen Vielfalt sei Grundlage der europäischen Integration. Ein Europa der Bürger könne nur entstehen, wenn es in der Kultur und in der Bildung eine Rolle spiele. Die Erweiterung könne nur dann ein Erfolg werden, wenn die Bürger der Bewerberländer den Eindruck gewännen, dass sie Teil der Union seien; dies lasse sich über die Kultur erreichen.
57. Es wurde vorgeschlagen, Artikel 151 des EG-Vertrags zu ändern und darin statt Einstimmigkeit die qualifizierte Mehrheit vorzuschreiben; auch sollten die Artikel 149 und 150 EGV miteinander verschmolzen werden.
58. Überdies wurde der Wunsch geäußert, dass der Grundsatz der kulturellen Vielfalt ausdrücklich im Vertrag verankert wird und dass die kulturpolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten als gemeinwohlorientierte Leistungen betrachtet werden. Hierzu müsse in Artikel 87 EGV (staatliche Beihilfen) und Artikel 133 EGV (gemeinsame Handelspolitik) die

Besonderheit kultureller und bildungsrelevanter Tätigkeiten berücksichtigt werden. Diese beiden Tätigkeiten könnten vernünftigerweise nicht nur unter handels- und wettbewerbspolitischen Kriterien betrachtet werden.

59. Es wurde vorgeschlagen, das Protokoll im Anhang zum Vertrag von Amsterdam über den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in den Mitgliedstaaten in den Vertragstext aufzunehmen, denn die Informations- und Medienvielfalt gehöre - ebenso wie die kulturelle Vielfalt - zu den gemeinsamen Grundwerten der Union, die im Vertrag aufgeführt werden müssten.
60. Der stellvertretende Vorsitzende Dehaene bezeichnete die Aussprache abschließend als ein großes Ereignis von anhaltender Wirkung. Der Dialog mit der Zivilgesellschaft werde fortgesetzt; die Zivilgesellschaft könne weiterhin über die Website des Forums Beiträge zu den Beratungen des Konvents beisteuern. Er wies ferner darauf hin, wie wichtig die Diskussionen auf nationaler Ebene seien. Schließlich kündigte er im Namen des Präsidiums an, dass weitere Initiativen zur Fortsetzung des Dialogs mit der Zivilgesellschaft geplant seien; dieser Dialog sei insbesondere für den Konvent eine große Bereicherung.
61. Abschließend würdigte der Vorsitzende die Bedeutung der Aussprache und dankte allen Teilnehmern. Anschließend teilte er einige Einzelheiten zur Veranstaltung des Jugendkonvents mit. In einer Welt, die einem steten Wandel unterliege, sei dieser Jugendkonvent über ein zukunftsorientiertes Europa sehr wichtig.

Rednerliste in der Reihenfolge der Beiträge

Plenartagung vom 24./25. Juni 2002

REDNERLISTE

Montag, 24. Juni 2002

Herr Valéry GISCARD D'ESTAING, Vorsitzender

Herr Johannes VOGGENHUBER, Herr Elio DI RUPO

Herr Jean-Luc DEHAENE, Vorsitzender

Herr Klaus HÄNSCH, Europäisches Parlament

Herr Giampiero ALHADEFF, Social Platform

Frau Marie-Francoise WILKINSON, Social Platform

Frau Diana SUTTON, Social Platform

Frau Mary Mc PHAIL, Europäische Frauenlobby

Frau Anne DAVID, Conférence Européenne Permanente des Coopératives, Mutualités, Associations et Fondations

Herr Georges JACOBS, UNICE

Herr Emilio GABAGLIO, WSA

Herr Joao CRAVINHO, CEEP

Herr Peter HAIN, Vereinigtes Königreich (Regierung)

Frau Anne Van LANCKER, Europäisches Parlament

Herr Alain BARRAU, Frankreich (Parlament)

Herr Ernani LOPES, Portugal (Regierung)

Frau Helle THORNING-SCHMIDT, Europäisches Parlament * Stellvertreterin von
Herrn Luís MARINHO

Herr Hannes FARNLEITNER, Österreich (Regierung)

Frau Pervenche BERES, Europäisches Parlament

Blaue Karten: Barnier, Bruton, Heathcoat-Amory, Fayot, Spini

Herr Jan FIGEL, Slowakische Republik (Regierung)

Herr Georgios KATIFORIS, Griechenland (Regierung)

Herr Ralph HALLO, Europäisches Umweltbüro

Frau Sharon SPOONER, European AgriCultural Convention

Frau Sophie DE JONCKHEERE, European Landowners Organisation

Herr Michael FRENDON, Malta (Parlament)

Blaue Karten: Basile, Voggenhuber

Herr Göke FRERICH

Herr Roger BRIESCH

Frau Anne-Marie SIGMUND

Blaue Karten: Majj-Weggen

Herr Giuliano AMATO, Stellvertretender Vorsitzender

Herr Jean-Victor LOUIS, AGORA und Europäisches Hochschulinstitut (Florenz)

Frau Florence DELOCHE-GAUDEZ, SCIENCES PO (Paris)

Frau Kirsty HUGHES, Zentrum für europapolitische Studien (CEPS/EPIN)

Herr Stanley CROSSICK, European Policy Centre (EPC)

Frau Pascale JOANNIN, Robert Schuman-Stiftung

Herr Antonio RODOTA, European Intergovernmental Research Organisations (EIROForum)

Frau Teresa FREIXES, Women Citizens of Europe Network

Herr Karoly LORANT, Institute for Economic Analysis and Informatics (Ungarn) – ECOSTAT

Herr Michel ATTALIDES – Zypern (Regierung)
Herr Andrew DUFF, Europäisches Parlament
Frau Danuta HÜBNER, Polen (Regierung)
Frau Christiana MUSCARDINI, Europäisches Parlament
Herr Peter SERRACINO INGLOTT, Malta (Regierung)
Blaue Karten: Duhamel, Carnero-Gonzalez, Spini, Kirkhope, Vorsitzender Giscard d'Estaing
Frau Inese BIRZNIECE, Lettland (Parlament)
Herr Jean-Luc DEHAENE, stellvertretender Vorsitzender
Herr Fernand HERMAN, Federalist Voice
Frau Alison WESTON, Jeunes Européens Fédéralistes
Frau Charlostte ROFFIAEN, Active Citizenship Network – Forum der Zivilgesellschaft
Herr Pawel KRZECZUNOWICZ, Vertretung der polnischen NRO in Brüssel
Herr Jacob SÖDERMANN, Europäischer Bürgerbeauftragter
Herr ORIOL, Europäisches Netz gegen Rassismus
Herr William ABITBOL, Europäisches Parlament * Stellvertreter Herr Jens-Peter BONDE
Herr Proinsias DE ROSSA, Irland (Parlament)
Herr Pierre MOSCOVICI, Frankreich (Regierung)
Blaue Karten: Speroni, Kauppi, MacCormick, Bruton, Hjelm-Wallen
Herr Matjaz NAHTIGAL, Slowenien (Regierung)

Dienstag, 25. Juni 2002

Frau Ana PALACIO, Spanien (Regierung)
Herr Eduardo ZAPLANA, Vizepräsident des Ausschusses der Regionen, Präsident der Region Valencia
Herr Jos CHABERT, ehemaliger Präsident des Ausschusses der Regionen
Herr Patrick DEWAELE, Ministerpräsident der Region Flandern
Herr Manfred DAMMEYER, Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags
Frau Claude du GRANRUT, Vertreterin der Region Picardie
Herr Claudio MARTINI, Präsident der Region Toskana
Herr Lambert VAN NISTELROOIJ, Vizepräsident der Versammlung der Regionen Europas
Herr Heinrich HOFFSCHULTE, Vizepräsident des Rates der Gemeinden und Regionen Europas
Herr Anders GUSTAV, Konferenz der peripheren Küstenregionen
Herr Jens GABBE, Generalsekretär der Versammlung europäischer Grenzregionen
Frau Eva-Riitta SIITONEN, Präsidentin von EUROCITIES
Herr Manfred DÖRLER, Konferenz der Regionalparlamente mit Legislativkompetenz (CALRE)
Herr Erwin TEUFEL, Deutschland (Bundestag)
Blaue Karte: Bonde, Siitonen, Dörler, Teufel
Herr Francesco SPERONI, Italien (Regierung) * Stellvertreter Herr FINI
Herr Edmund WITTBRODT, Polen (Parlament)
Blaue Karte: Barnier, Duhamel, Einem, Berger, Rack, MacCormick, Amato
Herr Antonio VITORINO, Kommission
Herr Dick OOSTING, Amnesty International
Frau Laëtitia SÉDOU de OMCT, Weltorganisation gegen Folter (Europa)
Frau Sophie SPILIOTOPOULOS, Ass. des Femmes de l'Europe Méridionale und EWLA
Frau Cristiana MUSCARDINI, Europäisches Parlament
Herr Matjaz NAHTIGAL, Slowenien (Regierung)
Herr Frans TIFRAURMANS, Niederlande (Parlament)
Frau Hanja MAIJ-WEGGEN, Europäisches Parlament
Herr Jacob SÖDERMAN, Europäischer Bürgerbeauftragter
Blaue Karte: A. Yilmaz, Bruton, Berès

Herr Henning CHRISTOPHERSEN, Dänemark (Regierung)
Herr Simon STOCKER, Direktor von Eurostep
Frau Claire GODIN, Equilibres et Populations, politische Beauftragte
Frau Meral GEZGIN ERIS, Präsidentin der Stiftung für Wirtschaftsentwicklung, IKV, Türkei
Frau Baroness SCOTLAND OF ASTHAL, Vereinigtes Königreich (Regierung) * Stellvertreter
Herr Peter HAIN
Blaue Karte: Kiljunen, Palacio, Akyol, De Rossa, Basile, Lennmarker
Herr Aloiz PETERLE, Slowenien (Parlament)
Herr von der GABLENTZ, Europa Nostra
Frau CHABAUD, Forum Européen pour les Arts et le Patrimoine
Herr Keith JENKINS, Konferenz Europäischer Kirchen
Herr BREZIGAR, Europäisches Büro für die weniger verbreiteten Sprachen
Herr Hans van MIERLO, Niederlande (Regierung)
Herr Tunne KELAM, Estland (Parlament)
Blaue Karte: Tekin, Demetriou, Spini
Herr Filadelfio BASILE, Italien (Parlament)
